

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 22. April 2004

Einkommensteuertarif aufteilen

Stiftung Marktwirtschaft zur Reform der föderalen Finanzverfassung

Was geschieht mit der Einkommensteuer, wer ist dafür verantwortlich, daß die Steuereinnahmen sinnvoll verwendet werden – Bundesregierung oder Landesregierung? Diese Frage kann fast kein Bürger beantworten. Um diese Intransparenz zu beseitigen, schlägt die Stiftung Marktwirtschaft vor, den Einkommensteuertarif in einen Landestarif und einen Bundestarif aufzuspalten. Mit dieser Frage und anderen Reformen der Finanzverfassung beschäftigt sich eine neue Publikation „Bessere Politik durch eine transparente und effiziente Finanzverfassung“ (Band II der Reihe „Bundesstaatsreform“, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 83).

In der neuen Studie empfiehlt die Stiftung Marktwirtschaft, im Rahmen der Föderalismus-Reform die Einkommensteuer neu aufzuteilen:

- Ein proportionaler Teil wird zur „Länder-Einkommensteuer“.
- Ein progressiver Teil wird zur „Bundes-Einkommensteuer“.

„Jeder Bürger könnte dann in seinem Steuerbescheid nachlesen, welcher Teil seiner Landesregierung, welcher Teil der Bundesregierung zusteht“, sagt Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Dieses Vorgehen wäre deutlich transparenter als die bisherige Situation, in der die Einkommensteuer zwischen Bund und Ländern aufgeteilt wird, ohne daß für die Bürger erkennbar ist, wer welchen Anteil an der Steuer erhält oder für welche Zwecke das Geld verwendet wird.“ Die Steuererklärung würde nicht komplizierter, weil für die Erhebung nach wie vor ein einziges Finanzamt zuständig ist. Insgesamt ließe sich mit geringem Aufwand ein deutlicher Transparenzgewinn für die Bürger erzielen.

Ein weiterer Vorteil wäre, daß die Steuereinnahmen stärker mit der Wirtschaftskraft der einzelnen Bundesländer übereinstimmen und der Ausgleichsbedarf im Länderfinanzausgleich abnimmt. „Die Aufteilung schafft so die Voraussetzungen dafür, daß die Länder die Steuersätze bei der Einkommensteuer künftig selber festlegen können“, so Gerken. Er hofft, daß der so eintretende Wettbewerb um Steuereinnahmen zu einer wirksameren Kontrolle der Politik beitragen würde.

In der neuen Studie schlägt die Stiftung Marktwirtschaft weitere Maßnahmen für eine bürgernähere Ausgestaltung der deutschen Finanzverfassung vor, beispielsweise:

- Die Gesetzgebungskompetenz für Steuern, deren Aufkommen allein den Ländern (z.B. Grunderwerbsteuer) oder den Kommunen (z.B. Grundsteuer) zufließt, sollte den Ländern übertragen werden.
- Der Länderfinanzausgleich, der derzeit als Finanzkraftausgleich konzipiert ist, sollte in einen wirtschaftskraftbasierten Finanzausgleich umgewandelt werden.

(64 Zeilen à 40 Zeichen)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de